

parlament von links

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Dokumente und Standpunkte

Heft 4/2011



Warum werden Behinderte behindert und warum?

Was läuft falsch bei der Sportförderung?

Wann wird „Schwimmen für Demokratie“ zur Farce?

Weshalb verschenkt ein Minister Eierschecke?

Schwerpunktthema:
Landkreis Zwickau

Was bringt die Neuordnung der Rundfunkgebühr?

Was kommt alles vom Bergwerk her?

Wer kümmert sich um junge Leute auf dem Land?

Wie weiter mit dem Zwickauer Westsachsenstadion?

Liebe Leserin, lieber Leser,

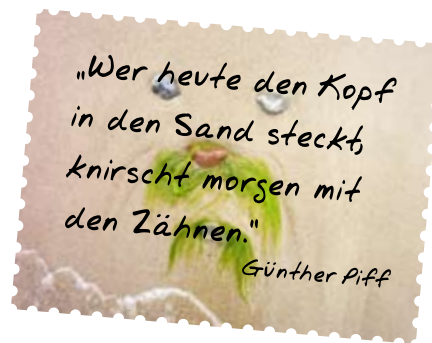
Dank des Statistischen Landesamtes haben wir nun schwarz auf weiß, was wir irgendwie schon geahnt hatten: Die Verbraucherpreise sind in Sachsen zum Jahresende kräftig gestiegen. Mit 2,6 Prozent (September 2011) hatte die sog. Jahresteuersatzrate den höchsten Stand seit Oktober 2008 erreicht, wobei die Preise für Mineral-ölerzeugnisse mal wieder ganz weit vorn rangieren. Angesichts des drohend langen und harten Winters nicht gerade ermunternd.

Sollten Sie sich darüber mit Kaffee, Saft oder einem Margarinebrot hinwegtrösten wollen, wäre das keine gute Idee, denn auch das ist spürbar teurer geworden. Wo Sie sparen könnten, wären Ferienwohnungen, Pauschal- oder Flugreisen... Oder sie widmen sich einfach dem Magazin, das Sie gerade in Händen halten. Das kostet Sie ausnahmsweise mal nichts und ist trotzdem nicht umsonst.

In seiner Jahres-Endausgabe widmet sich die Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag – das „Parlament von links“ (pvl), – dem Landkreis Zwickau und taucht dabei ein in eine Region, bei der ein zweiter Blick lohnt und die weit mehr zu bieten hat, als die Erinnerung an Kultmobile.

Wir hoffen, alle Stamm- und vor allem auch alle Zwickauer Neu-Leser kommen auf ihre Kosten, und wünschen schon mal ein besinnlich-bezahlbares Weihnachtsfest und einen entspannten Start ins Neue Jahr!

Ihre pvl-Redaktion



Parlament von links (pvl) ist das Magazin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag. Pvl erscheint vier Mal im Jahr und ist kostenlos. Abo unter:

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351/493 5800
Telefax: 0351/493 5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
<http://www.linksfraktion-sachsen.de>

IMPRESSUM:

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr
Layout: Carola Müller
Druck: DruckHaus Dresden GmbH
Auflage: 168.000 Stück (4. Quartal 2011)

Die mit Namen oder Initialen gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung des Autors, jedoch nicht unbedingt die Ansicht des Herausgebers wieder. Nachdruck nur mit Quellenangabe. Für Nachdruck signierter Beiträge ist die Genehmigung des Verfassers erforderlich.

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.

Bildnachweis: Titel: efa; Seite 2, Mitte: © Katrin Nissel / PIXELIO; Seite 2, unten links: Jörg Hildebrand; Seite 2, unten Mitte und rechts: efa; Seite 3: efa; Seite 4, oben: Mosel - B93_with_VW_factory_(aka); Seite 4, unten: © Juana K. / PIXELIO; Seite 5: © Harry Hautumm / PIXELIO; Seite 6, 7: efa; Seite 6, Grafiken: © sabrideniz kizil / Fotolia.com; Seite 8, oben und Seite 9, oben: Wismut GmbH; Seite 8/9, unten: Jörg Hildebrand; Seite 11: © Gerd Altmann / PIXELIO; Seite 12, oben: © Andrea Damm / PIXELIO; Seite 12, unten: © www.JenaFoto24.de / PIXELIO; Seite 13: © Alexandra H. / PIXELIO; Seite 13, oben und unten rechts: © Karl-Heinz Laube / PIXELIO; Seite 14 und 15, oben: Katrin Pritscha; Seite 14, unten: Elke Schumann; Seite 16, Cartoon: Harm Bengen/toonpool.com.

Pvl verpasst? Alle Ausgaben zum Download unter www.linksfraktion-sachsen.de

Titel: Wappen am Zwickauer Rathaus

INHALTSVERZEICHNIS



Alles kommt vom Bergwerk her! ▶ Seite 8



Zwei LINKE MdL fürs Zwickauer Land ▶ Seite 10



Was Zwickau stark macht ▶ Seite 4

Editorial, Impressum ▶ S. 2

Mit den LINKEN ist in Sachsen besser Staat zu machen ▶ S. 3

Parlamentarische LINKE Initiativen ▶ S. 3

Was Zwickau stark macht ▶ S. 4

Demografischer Keulenschlag trifft Kinder und Jugendliche ▶ S. 5

„Das Elend offenbart die Chance“:
Ein Stadion sorgt für Aufsehen ▶ S. 6
Breitensport zwischen Atempause
und Atemstillstand ▶ S. 7

Alles kommt vom Bergwerk her! ▶ S. 8

Zwei LINKE MdL fürs Zwickauer Land ▶ S. 10

Demokratie, Toleranz, (bunte) Bürgerbündnisse
und Wilhelm der Peinliche ▶ S. 11

Für Arbeit und Verkehr braucht's
mehr als Eierschecke ▶ S. 12

Alles wird besser und gar
nichts wird gut ▶ S. 13

Schließ die Augen, um zu sehen ... ▶ S. 14

Von Integration zur Inklusion ▶ S. 15

Kreuzworträtsel ▶ S. 16

Mit den LINKEN ist in Sachsen besser Staat zu machen

Sachsens Behörden ziehen um. Koste es, was es wolle. Die Sächsische Aufbaubank von Dresden nach Leipzig, der Landesrechnungshof von Leipzig nach Döbeln usw. usf. Der Sächsische Rechnungshof selbst hat festgestellt, dass es für diesen Umzugszirkus keinerlei Wirtschaftlichkeitsrechnungen gibt. Es handelt sich schlicht um Behörden-Roulette, wie wir es genannt haben. Das steht in schlechter Tradition einer Kreisgebietsreform, die u. a. Zwickau um seine Kreisfreiheit und dem Landkreis Bautzen die Größe des Saarlands gebracht hat. Nur Steuergelder

gespart wurden bis heute nicht. Dafür haben Bürger und Bedienstete längere Wege – was auch das einzige messbare Ergebnis der laufenden „Staatsmodernisierung“ der Behörden-Standorte sein wird.

Wirkliche Landesentwicklung sieht anders aus, deshalb werden wir zum nächsten Landesentwicklungsplan der CDU/FDP-Staatsregierung alternative Konzepte ausarbeiten. Denn mit LINKEN ist besser Staat zu machen! Wer wie die schwarz-gelbe Koalition an Jugend, Sport und Sozialem spart,

bei der Kultur kürzt und massenhaft Polizeireviere auflöst, hat nicht begriffen, worauf es modernen Menschen in Sachsen im 21. Jahrhundert ankommt: auf ein sicheres Leben mit Zukunft und in sozialer Gerechtigkeit.

So wie eine intelligente Regierung sich nicht nur in Lobhudelei ergehen sollte, so darf sich eine kluge Opposition nicht nur aufs Meckern beschränken. Wenn schon die amtierende sächsische Regierung die schwächste seit 1990 ist, muss die Opposition umso besser sein. Das gelingt nur, wenn man die Probleme der Menschen im Land kennt, wenn man ihnen zuhört und sie ernst nimmt. Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE sind in jedem sächsischen Landkreis vertreten. Auch im Kreis Zwickau, dem sich diese Ausgabe unseres Fraktions-Magazins „Parlament von links“ schwerpunktmäßig zuwendet. Denn hier tut sich viel Gutes, das mehr Unterstützung verdient hätte. Und auch hier gibt es Probleme, deren gute Lösung wir mit vorantreiben wollen.



MdL Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

Parlamentarische LINKE Initiativen (Auswahl)

Zwischen **August und Oktober 2011** hat die Fraktion DIE LINKE fünf Gesetzentwürfe, eine Große Anfrage, zwei Dringliche Anträge, zwei Entschließungsanträge und 15 Anträge in den parlamentarischen Geschäftsgang gebracht.

Die **Gesetzentwürfe** zielen auf

- » die Förderung der **Gleichstellung** von Frau und Mann in Sachsen (Drs 5/7135)
- » die rechtliche und institutionelle Garantie der unabhängigen Ausübung der **Datenschutzkontrolle** in Sachsen (Drs 5/7136)
- » die Sicherstellung der Rechte von **Menschen mit Unterstützungs-, Pflege- und Betreuungsbedarf** in unterstützenden Wohnformen (Drs 5/6764, gemeinsamer Gesetzentwurf von DIE LINKE & SPD)

» Mit dem Gesetzentwurf zur Umsetzung des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf **Lernmittelfreiheit** in Sachsen (Drs 5/7234) will DIE LINKE im Gesetz festschreiben lassen, dass Lernmittel nicht nur Schulbücher, sondern auch Atlanten, Tafelwerke, Lexika, Wörterbücher, Arbeits- und Übungshefte sowie sonstige Lern- und Arbeitsmaterialien, wie Kopien aus Schul-, Arbeits- und Übungsbüchern, oder Werkstoffe, Rechenstäbchen, Taschenrechner

und Musikinstrumente sind und deshalb nicht von den Eltern bezahlt werden müssen.

» Mit ihrem Entwurf eines Sächsischen **Kita-Weiterentwicklungsgesetzes** (Drs 5/7281) will DIE LINKE landesgesetzlich den Anspruch jedes Kindes auf ganztägige und wohnortnahe Betreuung, Bildung und Erziehung in einer Kindertageseinrichtung (mindestens neun Stunden pro Tag für Krippen- und Kindergartenkinder bzw. von täglich mindestens sechs Stunden für Hortkinder) normieren. Des weiteren sollen in der Mehrzahl der Einrichtungen die Voraussetzungen für die Inklusion von Kindern mit Behinderungen geschaffen werden.

Mit ihrer **Großen Anfrage** an die Staatsregierung will DIE LINKE belastbare Aussagen zur Entwicklung der **Kinder- und Jugendberholung** in Sachsen erhalten. (Drs 5/72339)

Mit ihren **Dringlichen Anträgen** forderte DIE LINKE, dass in Sachsen keine **Computerausspähsoftware** und „Staatstrojaner“ eingesetzt werden (Drs 5/7187) sowie dass die Rechts- und Datenschutzforderungen aus dem **Sonderbericht des Sächsischen**

Datenschutzbeauftragten vom 8. September 2011 sofort umzusetzen sind und die Bundesratsinitiative Sachsens zur „Neuregelung der nichtindividualisierten Verkehrsdaterhebung“ korrigiert wird (Drs 5/6787).

In ihren 15 **Anträgen** thematisierte DIE LINKE u.a. die Personalsituation an den Schulen zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 (Drs 5/6913) sowie mögliche Aktivitäten des Freistaats zur Auflösung der eigenständigen Sozialgerichtsbarkeit (Drs 5/6962).

Zwei Anträge brachte DIE LINKE gemeinsam mit den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD ein:

- » **Pflege** braucht Pflege: Für eine Reform der Pflegepolitik in Sachsen und auf Bundesebene (Drs 5/7080)
- » Keine Staatsmodernisierung ohne **Gleichstellung** der Eingetragenen Lebenspartnerschaft – das Recht der Bundesrepublik Deutschland und der EU in Sachsen endlich umsetzen (Drs 5/7079)

Drs = Drucksachenummer

Alle Drucksachen sind unter www.linksfraktion-sachsen.de unter „Dokumente“ abrufbar.

Was Zwickau stark macht



Volkswagen-Werk in Zwickau-Mosel

Es gibt Momente, da spürt man, was den Landkreis Zwickau groß gemacht hat. Die Gespräche mit Menschen von außerhalb sind voller Anerkennung über die großen Leistungen der Region im Automobil-, Maschinen- und Bergbau. Noch immer handeln viele Geschichten und Anekdoten von ihrem Trabi, der immer eng mit Zwickau verbunden bleiben wird. Dass Zwickau die in der Region geborene Tradition fortsetzt, scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein. Das Werk von Volkswagen ist hier in Stein gesetztes Symbol. Eines von vielen.

Dennoch sollte man nie vergessen, dass jede Erfolgsgeschichte von Menschen gemacht wurde. Sie sind es, die ihre Erfahrungen, Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten einbringen können und wollen. In den letzten 20 Jahren hat unsere Region von einer Vielzahl kompetenter und engagierter Menschen gezehrt. Und hier liegt leider auch der Kern der Versäumnisse der letzten Jahre. Viel zu spät realisieren Politik und Wirtschaft, dass große Traditionen keine natürlichen Gesetzmäßigkeiten sind.

Die Jahre hoher Arbeitslosigkeit und schlecht bezahlter Beschäftigung



Der Bismarckturm in Glauchau

haben nachhaltig Wirkung hinterlassen. Dass viele gut ausgebildete junge Menschen abgewandert sind, hat auch mit mangelnden Perspektiven zu tun. Diese Perspektivlosigkeit hat auch die Daheimgebliebenen nachhaltig geprägt. Der Kreis steht vor der gewaltigen Herausforderung, das zu ändern, die Region so umzugestalten, dass sich das Bleiben lohnt.

Zuallererst ist hier die Politik gefragt. Seit drei Jahren beschäftigt diese sich jedoch weitgehend mit sich selbst. Hauptgrund dafür ist die Kreisreform von 2008. Schon bei der diesbezüglichen Gesetzgebung war abzusehen, dass die entstehenden Problemlagen dieser wenig unteretzten Reform die Verwaltungen lange Zeit beschäftigen würden. Die Vielzahl der Aufgaben, die das Land auf den Kreis übertragen hatte, und die Auseinandersetzungen zwischen der ehemaligen kreisfreien Stadt Zwickau und den beiden Altlandkreisen sind bis heute nicht zufriedenstellend geklärt. Dabei muss auch bedacht werden, dass der Landkreis in den nächsten Jahren 27 Prozent weniger Geld für die Durchführung der Reform bekommen wird. Diese willkürlich gesetzlich festgelegte so genannte Effizienzrendite lastet schwer und lässt kaum Raum für wichtigere Gestaltungsaufgaben.

Die finanziellen Bedingungen für die Kommunen im Freistaat werden sich in den nächsten Jahren absehbar nicht verbessern. Das Land hängt bis heute an der Verteilung der Lasten von 1996 fest. Das bedeutet, dass die gestiegenen Anforderungen an die Kommunen in den letzten Jahren – auch durch das Schrumpfen und die zunehmende Überalterung der Bevölkerung – allein durch die Städte, Gemeinden und Landkreise geschultert werden muss. Mit dem Rückgang der Mittel aus dem Solidarpakt werden künftig zudem auch die Investitionsmöglichkeiten zurückgehen.

Das finanzielle Ausbluten der kommunalen Ebene kann nur vom Land aufgefangen werden. Der Freistaat Sachsen muss

sich zu seiner Verantwortung für starke und leistungsfähige Kommunen bekennen und Teile seiner Rücklagen einsetzen. Eine solche finanzielle Stabilisierung würde es auch möglich machen, dass man sich endlich den wichtigen Zukunftsfragen der Region zuwenden kann, statt sich in Streitereien um die Höhe der Kreisumlage zu ergehen.

Eine solche dringend zu lösende Zukunftsfrage der Region Zwickauer Land ist ohne Zweifel die steigende Nachfrage nach Fachkräften. Der verdiente Ruhestand vieler Facharbeiter kann schon heute nicht ausreichend durch Qualifizierte aufgefangen werden. Damit beginnt ein ruinöser Wettbewerb zwischen den Unternehmen, an dessen Ende vor allem die großen finanzstarken Unternehmen überleben werden.

In der Vergangenheit wurden Schulabbrecher als Normalität hingenommen. Ein Bildungssystem wie das sächsische, das jeden zehnten Schüler ohne Schulabschluss ins Leben entlässt, ist zynisch und dumm. Denn jeder Euro, der hier in eine auf den einzelnen bezogene bestmögliche Bildung investiert wird, ist nicht nur gerecht, sondern auch gut investiertes Geld. Hier rächt sich auch die Ignoranz der sächsischen Staatsregierung gegenüber den sozialen Verwerfungen der letzten 20 Jahre. Gerade die besondere soziale Lage der Eltern und damit auch der Schüler hätte eine bessere Betreuung innerhalb der Schule zwingend notwendig gemacht.

Eine große Verantwortung kommt aber auch auf die Unternehmen zu. Es liegt in ihrem eigenen Interesse, endlich Schluss zu machen mit Niedriglöhnen, verbauten Entwicklungswegen, Nichtachtung des Alters, Überforderung der Beschäftigten und anderen schlechten Arbeitsbedingungen. Unternehmen müssen ihren Beschäftigten (wieder) langfristige Perspektiven bieten und Schluss machen mit Zeitarbeit, Teilzeitverträgen, Befristungen und Minijobs. Wer Menschen hier halten will und erwartet, dass sie sich für die Region einsetzen, der muss ihnen ein Leben lang die Aufmerksamkeit und Anerkennung zukommen lassen, die sie verdienen. Politik und Wirtschaft sind diesbezüglich nicht nur gefordert, sondern heraus- und aufgefordert! Denn eine Region ist nur so stark wie die Menschen, die in ihr leben.



MdL
Sebastian Scheel
Sprecher für
Haushalts- und
Finanzpolitik

Demografischer Keulenschlag trifft Kinder und Jugendliche



Problemfeld Schulsozialarbeit

Bei der Schulsozialarbeit, die dringend flächendeckend ausgebaut werden muss, jedoch von den Landkreisen allein kaum zu finanzieren ist, rangiert der Landkreis Zwickau im sächsischen Vergleich im Mittelfeld. Im Schuljahr 2010/2011 standen 25.735 Schüler/innen im Landkreis elf Schulsozialarbeiter/innen auf 10,75 Vollzeitstellen gegenüber. Zurzeit sind die Projekte der Schulsozialarbeit an drei Förder- und zwei Mittelschulen in Crimmitschau, Zwickau, Kirchberg und Neuschönburg angebunden. Träger ist der Verein „Gemeinsam Ziele erreichen e.V.“ mit Sitz in Zwickau. Auf die Gesamtschülerzahl gerechnet, kommen auf eine Vollzeitstelle 2.394 Schülerinnen und Schüler, während z.B. im Landkreis Leipzig „nur“ 1.247 Schülerinnen und Schüler auf eine Vollzeitstelle kommen!

Das ist nicht hinnehmbar, zumal der letzte Sächsische Kinder- und Jugendbericht auch hier bereits feststellte: „Trotz guter Ansätze und Praxen in der sächsischen Jugendhilfe gilt, dass noch erheblicher Handlungs- und Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Kooperation von Jugendhilfe und Schule im Freistaat besteht, soll Bildung und Bildungsbefähigung gerade in den erzieherischen Hilfen ein praktisch wirksam(er) verankerter Stellenwert zukommen.“ Nicht umsonst weist die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit darauf hin, dass es langfristig erfolgreicher sei, an den Grund- und Förderschulen mit der Schulsozialarbeit zu beginnen, da hier einerseits die Eltern besser erreicht und andererseits bestimmte Problemlagen vermieden oder frühzeitig aufgefangen werden könnten.

Die Perspektive für die Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis ist nicht ermutigend, wenn es nicht gelingt, die Staatsregierung zum Umdenken zu bewegen. Dafür müssen sich alle einsetzen, unabhängig davon, ob sie bspw. als Sozialdezernent im Landkreis oder an anderer Stelle Verantwortung tragen. Neben dem anhaltenden Kampf um mehr Finanzmittel geht es aktuell vor allem auch darum, die vorhandenen Strukturen kreativ zu gestalten, statt diese nur zu verwalten.



Mdl. Annkatrin Klepsch
Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik und Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss

Kürzlich veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung einen Demografie-Bericht für Sachsen. Besonders für die ländlichen Gebiete abseits der Metropolen fielen die Prognosen wenig ermutigend aus. Der Bevölkerungsrückgang wird sich in den nächsten Jahren nicht zuletzt bedingt durch die Abwanderung junger Menschen und das damit verbundene Minus an Geburten weiter fortsetzen.

Im Jahr 2009 wohnten 344.850 Menschen im Landkreis Zwickau. Bis 2015 werden es laut Prognose 20.000 weniger sein und fünf Jahre darauf wird die Einwohnerzahl auf 309.080 gesunken sein. Setzt sich diese Entwicklung fort, sind es 2030 nur noch 276.300 Menschen, wobei der Anteil an Kindern bis zu zwei Jahren mit 37,2 Prozent überproportional abnehmen wird. (vgl. Stadt Leipzig: Rückgang um 2,5 Prozent). Bei diesem Negativtrend wird der Landkreis Zwickau nur noch vom Erzgebirgskreis (45,2 Prozent) und dem Landkreis Görlitz (41,8) übertroffen. Ähnlich hoch ist übrigens der Rückgang bei der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen.

Die Jüngsten zuerst

Die Tatsache, dass es im Landkreis Zwickau perspektivisch viel weniger Kinder und Jugendliche geben wird, dient der CDU/FDP-Regierungskoalition als Begründung dafür, gerade im diesem Bereich finanzielle und personelle Kürzungen durchzudrücken, ungeachtet dessen, dass die Fläche des zu betreuenden Landkreises ja selbst nicht kleiner wird!

Bereits der Dritte Sächsische Kinder- und Jugendbericht der Staatsregierung von 2009, also zwei Jahre vor der spontanen Kürzung der Jugendpauschale, stellte hinsichtlich des

Fachpersonals in der Kinder- und Jugendhilfe für das Zwickauer Land eine überdurchschnittlich negative Entwicklung fest. Wörtlich steht hier: „Aus den Befunden umgerechnet auf die Entwicklung bei den Personalstellen in der Kinder- und Jugendarbeit im Verhältnis zur Altersgruppe der Zehnbis unter 18-Jährigen geht hervor, dass in den Landkreisen Zwickauer Land (...) die Relation von Bevölkerungsentwicklung zu tätigen Personen negativ ausfällt, folglich mehr Personal abgebaut wurde, als es die demografische Entwicklung erfordert hätte, um das Ausstattungsniveau von 2002 zu halten.“

Mit der Kürzung der Jugendpauschale im Februar 2010 durch das Sozialministerium wurde die Lage für die Kinder- und Jugendhilfe nochmals verschärft. Bis dahin betrug die jährliche Pauschale, die das Land den Landkreisen für jeden jungen Menschen bis zu 27 Jahren zur Finanzierung von Einrichtungen und Projekten der Jugendarbeit überwies, noch 14,30 Euro. Seit 2010 sind es nur noch 10,40 Euro. Erhielt der Landkreis Zwickau bei einer Anzahl von 82.515 jungen Menschen bis 27 Jahren im Jahr 2009 noch insgesamt 1,18 Millionen Euro, waren es nach der Kürzung nur noch knapp 830 Tausend Euro. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Zahl der jungen Menschen zwischen den Stichtagen noch mal um knapp 3.000 gesunken war, was die Jugendpauschale für den Landkreis weiter verringert, obwohl die Aufgaben nahezu gleich geblieben sind. Leider hat es der Freistaat bisher vermieden, die Jugendpauschale für die ländlichen Räume auf einem Mindestsockel einzufrieren oder ein Modell zu finden, das den Erhalt und Ausbau gleichwertiger Strukturen der Jugendhilfe ermöglicht.

„Das Elend offenbart die Chance“: Ein Stadion sorgt für Aufsehen

von MdL Verena Meiwald, Sprecherin für Sport



Ein Mann mit Visionen: Zwickaus Finanzbürgermeister Bernd Meyer (DIE LINKE)

Nach einem Zitat des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Dieter Grimm unterstützt Sport den Zusammenhalt der Gesellschaft, fördert die Völkerverständigung, hält zur Fairness an und ist ein wesentlicher Baustein der präventiven Gesundheitsvorsorge. Das ist die Theorie. Und nun zur Praxis: Sport kostet (auch) Geld.

In Zeiten knapper Kassen sehen Finanzbürgermeister und Kämmerer in diesem Bereich meist erhebliches Sparpotenzial. In Zwickau ist das anders. Hier ist Bernd Meyer (DIE LINKE) Bürgermeister für Finanzen und Ordnung und Kultur – und damit auch für Sport. Dass eben dieser Sport in seiner Heimatstadt nicht zu kurz kommt, dafür setzt er sich ein und legt sich, wenn's sein muss, auch mal an.

Wie der 52-Jährige für das Thema brennt, war dem ansonsten kühlen Denker und Rechner anzusehen, als er uns seine Vision für Zwickaus Sportstätten mit den einleitenden Worten: „Kein Vorgeplänkel. Ich habe nur eine halbe Stunde Zeit“, vorstellte.

Dass die 30 Minuten sich schließlich verdoppelten, lag auch an der mitreißenden Art Meyers, die immer wieder zu Einwüfen und Nachfragen verleitete. Und es lag wohl auch am komplexen Thema „Westsachsen-Stadion“ (WeSa). Mit der historischen Spielstätte hat die Stadt eine schwere Bürde zu schultern. Jahrzehntlang war das bekannte Stadion Schauplatz so mancher sportlichen Sensation. Dem Zahn der Zeit konnte sich das WeSa aber nicht entziehen. Trotz des maroden Zustands bekannte sich die Stadt zu ihrem Stadion, begann es zu sanieren – und zog aufgrund der absehbaren Kostenexplosion im Vorjahr die Notbremse. Seitdem ruht's im Stadionrund.

Nun wäre Meyer nicht Meyer, wenn er diese Situation nicht sportlich nähme: „Das Elend

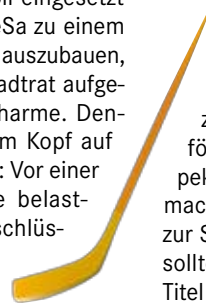
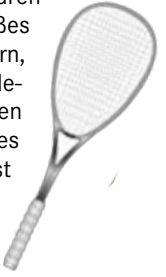
offenbart die Chance“, meint er und präsentiert seine Vision von einem neuen Sportpark: multifunktional, modern, und deutlich preiswerter als die drittligataugliche Sanierung des alten Stadions. Die Idee: Das Westsachsenstadion in seiner historischen Bausubstanz erhalten und zur Trainingsstätte des FSV Zwickau ausbauen. Und: An anderer Stelle ein drittligataugliches Stadion neu errichten, das den Statuten des DFB und den Anforderungen des Vereins sowie der Fans mehr als genüge trägt.



Und wo bleibt dann der Breitensport? Auch ein linker Bürgermeister kann nicht alle Wünsche erfüllen. Die Gelder sind endlich und müssen sinnvoll eingesetzt werden. Das alte WeSa zu einem Multifunktionssportfeld auszubauen, wie es in der Vorlage für den Stadtrat aufgezeigt ist, hat auch für Meyer Charme. Dennoch mahnt er, „das Ganze vom Kopf auf die Füße zu stellen.“ Will heißen: Vor einer solchen Investition muss eine belastbare Bedarfsanalyse und ein schlüssiges Betreiberkonzept stehen. „Was nützt die schönste

Skaterbahn, der beste Tennisplatz, wenn niemand gefunden wird, der das alles bezahlen und regelmäßige Öffnungszeiten bieten kann? Man muss sich vorher im Klaren sein, welche Folgekosten so ein großes Projekt nach sich zieht und absichern, dass dieses Geld dann nicht an anderer Stelle fehlt“, so Meyer. Um einen Kompromiss zwischen dem Erhalt des alten Stadions und einem möglichst breiten Sportangebot herzustellen, wirbt er mit viel Engagement für sein Zwei-Sportstätten-Konzept.

Auch im Bereich der nichtinvestiven Sportförderung beweist der sportbegeisterte Bürgermeister, dass linke Politik Wirkung zeigt. Ein Fördertopf von über 110.000 Euro für das kommende Jahr für die Leistungsträger des Zwickauer Sports, wie den FSV Zwickau, ESV LOK Zwickau, BSV Zwickau, Basketball-Club Zwickau oder den RSC Rollis Zwickau. Und das nicht nur für 2012, denn „Sport kann man nicht nur sporadisch fördern“, so Meyer: „Wir als Stadt können nicht sagen: Wir freuen uns über jeden Sieg in der Bundesliga, und wenn es um die tatsächliche Förderung geht, geben wir nur 2.500 Euro. Da muss was in die Spitzen investiert werden.“ Für eben diese „Spitzen“ hat Bernd Meyer ein innovatives und effektives Sponsoring-Regime installiert, welches den Sportlerinnen und Sportlern bessere Möglichkeiten und dem Sport selbst – zusammen mit dem städtischen Sportfördertopf – eine gesicherte Perspektive bietet. Fast scheint es, als mache sich Zwickau auf den Weg zur Sportmetropole. Warum auch sollte in Sachsen Riesa mit dem Titel alleine bleiben?



„Dunkle Wolken“ über dem Zwickauer Westsachsenstadion. Finanzbürgermeister Bernd Meyer möchte sie vertreiben und wirbt für eine bezahl- und vertretbare Nachnutzung



Breitensport zwischen Atempause und Atemstillstand

politik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Die Sparpolitik der Sächsischen Landesregierung hat Spuren hinterlassen: Bereits mit Jahresbeginn musste der Kreissportbund Zwickau (KSB) seine drei hauptamtlich für Sportjugend zuständigen Mitarbeiter entlassen. Die Kürzungen der Jugendpauschale konnte der Landkreis Zwickau nicht mehr kompensieren. Die Gelder für die Jugendhilfe reichen schlichtweg nicht mehr aus.

Nicht nur, dass die Arbeit der Zwickauer Sportjugend jetzt allein auf ehrenamtlichen Schultern ruht, Veranstaltungen – vorrangig in den Ferien – ausfallen mussten und auch das Kindergarten-Projekt nur noch eingeschränkt durchgeführt werden konnte. Nein, auch das Schicksal der Entlassenen bewegt: Alle über 50 und seit 20 Jahren dabei. „Mit ihnen ging auch langjähriges Know-How im Sportbetrieb“, beklagt KSB-Präsident Jens Juraschka.

Ganz ohne Gegenwehr wollte der KSB den Verlust seiner Leute nicht hinnehmen und wandte sich Ende letzten Jahres schriftlich an Ministerpräsident Tillich (CDU). Der Antwortbrief fiel ernüchternd aus: Erstens sei der Landkreis zuständig und zweitens betrüge die Kürzung ja „nur“ zehn Prozent. Dass diese „nur“ zehn Prozent genau die drei Mitarbeiter/innen und in Folge die gesamte Sportjugend betreffen, interessierte nicht.

Im Vor-Ort-Gespräch konnte ich mich gemeinsam mit meinem Abgeordnetenkollegen Horst Wehner davon überzeugen, dass der Kreissportbund Zwickau nichtsdestotrotz alles versucht, der Verantwortung für seine immerhin mehr als 40.000 Mitglieder gerecht zu werden. So soll im November 2011 – und damit fast ein Jahr nach dem erzwungenen personellen Aderlass – ein Nachwuchsförderverein gegründet werden, der sich gezielt den Leistungsträgern im Kinder- und Jugendbereich zuwenden soll und neben dem KSB von der Sparkasse und den Kommunen getragen wird. Hier greift man die guten Erfahrungen aus dem Vogtland auf, wo es seit zehn Jahren einem solchen Förderverein gibt.

Auch beim komplizierten Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung, das Kindern aus einkommensschwachen Familien u.a. den Weg in einen Sportverein ebnet, erwies sich der KSB als findig. Um die Möglichkeiten, die das Programm bietet, tatsächlich nutzbar zu machen, haben sich Kreissportbund und Jobcenter zusammengesetzt

und nach einer für die Nutznießer handhabbaren Lösung gesucht. Das Ergebnis steht heute zum Download auf der KSB-Homepage: Ein Antragsformular, das einfach auszufüllen ist und von allen beteiligten Seiten akzeptiert wird.

Doch auch die umtriebige Kompromissuche stößt irgendwann an ihre Grenzen. Im Landkreis Zwickau ist diese Grenze bei der Wichtung der Sportförderung erreicht. So gibt die ehemals kreisfreie Stadt Zwickau rein rechnerisch ca. 16 Euro pro Sportler/in aus; im Landkreis kommt man nicht mal auf ein Viertel dieses Betrages. Das erscheint un-

logisch und ungerecht und beschreibt ein generelles Problem. Die Gelder, die laut Zuwendungsvertrag zwischen Landessportbund und Freistaat in die Sportvereine fließen, waren – zum Glück! – bislang nicht vom Kürzungswahn der Landesregierung betroffen. Ganz anders sieht das bei der investiven Sportförderung aus. Gern rühmt sich der Freistaat seiner Spitzenleistungen im Sport. Erst kürzlich konnte bspw. das Eiskunstlauf-Spitzenpaar Sawtschenko/Szolkowy in einer spektakulären Aufholjagd den Skate Amerika gewinnen und damit auch in dieser Saison ihre Zugehörigkeit zur Weltspitze im Eiskunstlauf beweisen. Diejenigen Sportlerinnen und Sportler jeden Alters, die Woche für Woche vor der



Jens Juraschka, Präsident des Kreissportbundes Zwickau, im Gespräch mit der Autorin. Verena Meiwald ist Sportexpertin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Herausforderung stehen, die alltäglichen Hürden ihres Übungsbetriebes zu nehmen, stehen freilich jenseits des medialen Interesses. Ihnen bleiben teils katastrophale Trainingsbedingungen in zum Teil maroden Sportstätten mit dringend sanierungsbedürftigen oder ganz fehlenden sanitären Einrichtungen. „Nicht die Anzahl und die Fläche der zur Verfügung stehenden Sportstätten ist unser Problem, sondern ihr Zustand“, bringt es KSB-Präsident Juraschka auf den Punkt. Und so klingt es in den Ohren der Betroffenen wie Hohn, wenn Kultusminister Wöllner (CDU) angesichts der massiven Einschnitte in der investiven Sportförderung von einer „Atempause“ spricht. Trotz allem Erreichten und dem Konjunkturpaket bleiben die Probleme und der Investitionsstau flächendeckend bestehen. Die Geschäftsführerin des Kreissportbundes Zwickau, Grit Nürnberger, fasst mit Blick auf die Zukunft treffend zusammen: „Wir hoffen nur, dass aus der Atempause kein Atemstillstand wird.“

„Mit dem Zurückfahren der Gelder gerade im Bereich des Sports für Kinder und Jugendliche erfährt die Gesundheitsprävention einen herben Rückschlag.“

Horst Wehner, MdL DIE LINKE, Vizepräsident des Sächsischen Landtags und mehrfacher Deutscher Meister im Rollstuhlтанz

Kreissportbund (KSB) Zwickau: Zahlen, Daten, Fakten

2008 fusionierten der Stadtsportbund Zwickau, der Kreissportbund Zwickauer Land und der Kreissportbund Chemnitzer Land zum Kreissportbund Zwickau. Heute ist der KSB leistungsstarker Dachverband für 331 Vereine mit insgesamt mehr als 40.500 Sportlerinnen und Sportlern, darunter ca. 17.000 Kinder und Jugendliche und rund 11.000 Senioren.

Die KSB-Vereine bieten fast 70 Sportarten an, mitunter auch Außergewöhnliches, wie Fahnenschwingen oder Cheerleading. Traditionell haben sich mit ca. 10.000 Mitgliedern die meisten dem Fußball verschrieben.

Rund 12.000 Übungsleiter, Trainer und ehrenamtliche Helfer sorgen für einen reibungslosen Übungs- und Wettkampfbetrieb. Dem zwölfköpfigen KSB-Präsidium steht mit Jens Juraschka (36) seit 2009 ein ebenso leidenschaftlicher wie besonnener Kampfsportler vor.

Die KSB-Hauptgeschäftsstelle befindet sich in der Zwickauer Stiftstraße. In der Glauchauer Zimmerstraße wird eine Außenstelle unterhalten.

mehr unter: www.kreissportbund-zwickau.de



Industrielle Absetzanlage Helmsdorf, 1991

Der Landkreis Zwickau – Motor sächsischer Wirtschaft! Und man ist geneigt, im Stillen hinzuzufügen: Und das schon seit vielen Jahrzehnten.

Das Zwickauer Land hat das große Glück, geographisch und geologisch interessante Strukturen zu streifen. Da finden sich im Norden zum Beispiel das Granulitgebirge, im Herzen des Kreises das Erzgebirgische Becken und im Süden ist die Region Teil des wunderschönen Erzgebirges, unter anderem mit dem Kirchberger Granit.

Allen ist eines gemeinsam: Man fand und findet Wertstoffe im Untergrund: Nickel, Kohle oder auch Uran. Letzteres ist natürlich mit dem Namen WISMUT verbunden, der Bergbaugesellschaft, die nach dem II. Weltkrieg als sowjetische staatliche Aktiengesellschaft gegründet und ab 1954 unter deutscher Beteiligung weitergeführt worden war. In Spitzenzeiten war die WISMUT in Sachsen und Thüringen Arbeitgeber für bis zu 45.000 Beschäftigte. Bis zur Wende hatte sich das Unternehmen mit der Produktion von ca. 231.000 Tonnen Uran zum viertgrößten Uranproduzenten der Welt hochgearbeitet.

Nach Einstellung der Bergbauaktivitäten 1991 übernahm die Bundesrepublik die Verantwortung zur nachhaltigen, ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Umweltsanierung der WISMUT-Standorte zum Schutze und im Interesse der in der Region lebenden Menschen. Die WISMUT ist heute ein Unternehmen des Bundes, das die Stilllegung, Sanierung und Rekultivierung von Urangewinnungs- und Uranaufbereitungsbetrieben betreibt.

Technische Sanierung bis 2017, Wasserbelastung bleibt Hypothek

Ein für das Unternehmen sehr bedeutsamer Standort befindet sich in der Nähe von Zwickau. In der ehemaligen Aufbereitungs-fabrik Crossen wurden zwischen 1951 und 1989 insgesamt 74,7 Mio. Tonnen Uranerz

verarbeitet. Die Erze stammten aus Thüringer (Culmitzsch, Trünzig, Ronneburg) und sächsischen Lagerstätten (Aue, Pöhla, Freital und Königstein). Empfänger des produzierten Urankonzentrates, des sog. „yellow cake“, war die UdSSR. Ziel der Nutzung: die Herstellung von Kernbrennstäben und Bomben.

Die Rückstände der Verarbeitung der Erze wurden als Halden in unmittelbarer Nähe der Aufbereitungsanlage Crossen aufgeschüttet bzw. in den Industriellen Absetzbecken (IAA) Helmsdorf, Dänkritz I und II bei Oberrothenbach verspült. Alle Standorte sollen bis 2017 entsprechend dem Stand der Technik saniert sein, damit zukünftig kein radioaktives Material mehr in die Umwelt gelangt.

Was diesen Standort allerdings noch Jahre nach Abschluss der technischen Arbeiten begleiten wird, ist die Behandlung der weiter anfallenden kontaminierten, also verseuchten Wässer. Diese müssen gezielt behandelt und gelöstes Uran, Radium und Arsen abgetrennt werden, um die Vorfluter sauber zu halten. Und das muss sicher und für mögliche Havariefälle immer kontrollierbar geschehen!

Ministerielle „Tonstörung“ und das Prinzip der vollendeten Tatsachen

Leider gibt es da zwischen mir und Sachsens Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP), dem das Sächsische Oberbergamt als Landesbehörde untersteht und der damit oberster Bergmann Sachsens ist, hin und wieder gewisse „Tonstörungen“.

Unweit von Hartenstein, im Südwesten des Landkreises Zwickau, steht eine bedeutende Uranerzgrube kurz vor dem Ende ihrer Flutung. Auch hier müssen die Wässer noch lange weiter behandelt werden. Das verunreinigte Grubenwasser wird aus dem Schacht (konkret aus dem Untersuchungs-gesenk UG 212) gehoben und fließt der Wasserbehandlungsanlage Schlema-Alberoda

Alles kommt vor

zu. Bisher gab es hier noch den Schacht 208, der im Falle einer Havarie diese Aufgabe hätte übernehmen können. Diesem Schacht jedoch drohte das Abwerfen, was bergmännisch in etwa für Aufgabe oder konkret für Versiegelung steht.

Damit dies nicht passiert, stellte ich eine parlamentarische Kleine Anfrage (Drucksache 5/6179) an den Wirtschaftsminister und fragte nach, was denn passiert, wenn das UG 212 havariert und repariert werden muss und die Zuleitungen aus dem Schacht 208 gekappt sind. Geantwortet wurde mir: „Für den Fall der Versorgung mit Grubenraum steht ein (...) Arbeitsspeicherraum (...) mit 600.000 m³ zur Verfügung.“ So weit, so gut. Was aber passiert, wenn dieser Speicher nicht ausreicht? Wenn mehrere Extreme zusammentreffen, wie z. B. Hochwasser in der Zwickauer Mulde und Stromausfall? Fließt dann das Grubenwasser unge-reinigt in die Vorflut?

Da das Sächsische Oberbergamt die Zulassung des Betriebsplanes der WISMUT GmbH vorgenommen hat, dachte ich mir, rufst mal dort an und fragst die Bergingenieure, was sie veranlasst, dem Kapfen des Notschachtes zuzustimmen. Telefonisch wurde mir mitgeteilt, dass die Behördenmitarbeiter keine Auskünfte an Landtagsabgeordnete geben dürften und ich möge doch bitte im Wirtschaftsministerium anrufen. Also rief ich im dortigen Referat Bergbau an und hörte, ich möge Minister Morlok selbst darum bitten, mit dem Oberbergamt sprechen zu dürfen! Ok, dachte ich, schreibst Du ihm halt. Das war im Juli. Anfang September bekam ich dann folgende Antwort: „Vielen Dank für Ihr Schreiben an Staatsminister Morlok, in dem Sie informieren, dass Sie noch Fragen zur Wasserbehandlungsanlage Schlema haben. Ich empfehle, dass Sie sich hierzu direkt mit dem Sächsischen Oberbergamt



... vom Bergwerk her!

in Verbindung setzen.“ In diesem Moment wusste ich nicht, ob ich lachen oder weinen sollte. Denn die Zuleitung zum Schacht 208 war einen Tag zuvor durchgeschnitten worden!

Heißes Wasser direkt aus dem Berg, Zwickau auf dem Weg in die Zukunft

In dem Zusammenhang ist wichtig zu wissen, dass die besagte frühere Uranerzgrube mit Teufen (bergmännisch für Tiefe, d. Red.) bis zu ca. 2.000 Meter das tiefste Schachtsystem in Europa ist. Dort unten wird das Gestein bereits richtig heiß. In einem Bohrloch im Tiefenbereich von -2.365 Meter wurde ein Wert von 81 °C gemessen. Beim Bergbau kommt man damit an die Grenze des Machbaren. Heute weiß man den Nachteil von einst als Vorteil zu nutzen.

Das Grubenwasser weist hier selbst in geringerer Tiefe schon mal 25 bis 29°C Wassertemperatur auf. In einer Vielzahl von Studien, Konzeptionen und Vorschlägen wurden Möglichkeiten gesucht, um dieses warme Wasser nutzbar zu machen. So gab es Projekte zur Nutzung des Grubenwassers für die geothermische Energiegewinnung oder auch zur Züchtung von Mikroorganismen, aus denen Fluoreszenzfarbstoffe gewonnen werden können.

Ein Projekt zur Nutzung dieses warmen Wassers wird jetzt umgesetzt. Bad Schlema im Erzgebirgskreis, das sich in unmittelbarer Nachbarschaft von Hartenstein befindet, wird 2012 in der Schiller-Schule aus Grubenwasser thermische Energie gewinnen. Ein Projekt mit Symbolwirkung, wie sich zeigt. Denn im einstigen Steinkohlerevier Zwickau soll künftig ebenfalls Wärme ohne den Einsatz fossiler Brennstoffe gewonnen werden. Ziel des Pilotprojektes ist, Flutungswasser aus den Abbauhohlräumen zur Wärmeabfuhr zu nutzen. Die geothermische Nutzung



Helmsdorf 2009: Sanierungsarbeiten auf der industriellen Absetzanlage

von Flutungswässern ist später auch für andere Altbergbaustandorte vorgesehen. Endlich kommt also auch bei uns der ewig regenerative Energieträger Erdwärme zur Anwendung, wo Freiburger Geologen doch schon vor zehn Jahren auf das Grubenwasserpotenzial in Sachsen hingewiesen hatten!

Der Landkreis Zwickau ist offensichtlich nicht nur Motor sächsischer Wirtschaft, sondern auch sächsischer Innovation. Da ich auch in der vom Sächsischen Landtag eingesetzten Enquete-Kommission „Strategien für eine zukunftsorientierte Technologie- und Innovationspolitik im Freistaat Sachsen“ Mitglied bin, werde ich die sich abzeichnende Entwicklung in Sachen Erdwärme natürlich aufgreifen, denn Sachsens Zukunft liegt im Rohstoff- und Energiebereich. Ob das die Staatsregierung begriffen hat, ist allerdings fraglich, denn das Ende Oktober vorgestellte Energie- und Klimaprogramm ist nichts weiter als ein unstrukturiertes Sammelsurium aus altbekannten Fakten und durch nichts unterlegte Ankündigungen. Das lassen wir nicht durchgehen und werden von der Staatsregierung belastbare Strategien abfordern. Wohl wissend, dass dies unter den derzeitigen Umständen kein leichtes Unterfangen ist.

Minister, Prinzenräuber und Lehren aus der Vergangenheit

Zu diesen „Umständen“ gehört auch die Personalpolitik von Wirtschaftsminister Morlok. Dieser hat die Stelle des Oberberghauptmanns des Sächsischen Oberbergamtes zum 1. Dezember dieses Jahres ohne vorherige Ausschreibung neu besetzt. Mit einer Fachkraft, die in ihrem bisherigen Arbeitsleben Erdgas- und Erdöllagerstätten erforschte – speziell in der Arktis! Um diesen Wahnsinn noch zu überbieten, lässt der Minister seine Referatsleiter zeitgleich im Personalkarussell „fahren“. Das geht so: Müller tauscht mit Meier, Meier mit Schulze und Schulze mit Lehmann ... Infolgedessen

beschäftigt sich der langjährige Leiter des Referates Bergbau jetzt mit Energiefragen. Das war mir ein paar (weitere) Kleine Anfragen wert (Drucksachen 5/7006 u. 5/7178). Morloks Antworten, deren Wiedergabe ich mir hier erspare, lassen mich nicht glauben, dass der jetzige Wirtschaftsminister in der Lage ist zu erkennen, dass die sächsischen Rohstoffe eine Chance für unsere zukünftige Strukturpolitik eröffnen können.

In diesem Zusammenhang fällt mir eine kleine Episode ein. Ein gewisser Kunz von Kaufungen und seine Gehilfen kidnapten am 8. Juli 1455 die Prinzen Ernst und Albrecht aus dem Altenburger Schloss, um ausstehendes Geld vom Kurfürsten Friedrich II. zu erpressen. Auf der Flucht versteckten sie einen der Prinzen in einem etwa 18 Meter langen Felspalt bei Hartenstein, den man heute als „Prinzenhöhle“ kennt. Die Sache flog auf, die Prinzen wurden befreit und Kunz von Kaufungen verlor im wahrsten Wortsinn den Kopf. Seither „schaut“ er vom Freiburger Rathaus auf die Stelle seiner Hinrichtung auf den Obermarkt. Da sieht man mal wieder, was passieren kann, wenn man statt auf Abwägung aller Argumente auf Ignoranz und Machterhalt setzt. In der zivilen Welt von heute jedoch sollte man willens und in der Lage sein, Probleme anders zu lösen. Auch und vor allem wenn es um Fortschritt und Zukunft geht – und ja, auch wenn man ein Ministeramt inne hat. Klappt das nicht, regelt's „Volkes Stimme“; in ihrer politischen Wirkung scharf wie einst Kaufungens Schwert.



MdB Dr. Jana Pinka
Sprecherin für Umwelt- und Technologiepolitik



Förderurm am Schacht 371 bei Hartenstein

Zwei LINKE MdL fürs Zwickauer Land



MdL Horst Wehner:

1. Gäste würde ich mit einem „Herzlich Willkommen“ im Landkreis mit den meisten Museen, Burgen und Schlössern in Sachsen begrüßen; mit einem „Glück Auf“ in der Geburtsregion von Georgius Agricola, dem Begründer der modernen Mineralogie; und mit „Allzeit gute Fahrt“ in der Wiege des sächsischen Automobilbaus! Der Landkreis Zwickau ist ebenso vielseitig wie spannend. Musikliebhaber kommen in Zwickau, der Geburtsstadt von Robert Schumann, auf ihre Kosten. Motorsportfans kennen und schätzen die Grand-Prix-Rennen auf dem Sachsenring. Und unter Naturfreunden sind die sanften Hügel, dichten Wälder und plätschernden Bäche (bislang) ein Geheimtipp. Ein Besuch bei uns lohnt sich!

2. Wie in ganz Sachsen schlagen auch hier die Mittelkürzungen im Jugendhilfe- und Sozialbereich voll durch. Zudem alarmieren mich die Schließungen zahlreicher Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung gerade angesichts der alternden Bevölkerung sowie die Beschneidung des öffentlichen Personennahverkehrs, der auch von vielen älteren und behinderten Menschen genutzt wird. Würden die Verantwortlichen wenigstens darauf achten, die Belastungen für die sozial schwächsten Gruppen (Kinder, Alte, Behinderte, Arme) zu minimieren, wäre schon viel gewonnen.

3. Meine Partner sind die Kommunalpolitiker/innen vor Ort, die Mitarbeiter/innen, die Mitglieder der Behinderten- und Sozialverbände, der Selbsthilfegruppen, der Sportgruppen und -vereine, der kulturellen, sozialen, Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen und Menschen aus klein- und mittelständischen Unternehmen. Aber natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihren Fragen und Hinweisen an mich wenden. Meine Partner sind auch die Genossinnen und Genossen der Basisgruppen, die sich sehr für das Gemeinwohl engagieren. Manche Projekte haben wir schon mit und füreinander auf den Weg gebracht, so z.B. in Lichtenstein, Limbach-Oberfrohna, Glauchau, Meerane oder Waldenburg.

Wer denkt bei „Zwickau“ nicht an Trabi? Dabei wurde die Kraft der zwei Kerzen längst abgelöst durch modernen Automobilbau der Marke VW. Neben Autobau setzt der Landkreis aber auch auf regenerative Energien, Maschinenbau, Logistik und Elektrotechnik und ist stolz auf seine Forschungs- und Entwicklungserfolge.

Geografisch grenzt der 2008 aus den Landkreisen Chemnitzer Land und Zwickauer Land sowie der Stadt Zwickau gebildete Landkreis Zwickau an die Stadt Chemnitz und den Erzgebirgskreis im Osten. Südwestlich liegt der Vogtlandkreis und im Norden der Freistaat Thüringen und der Landkreis Mittelsachsen.

Die Region gehört zum Kulturraum Vogtland-Zwickau und lockt mit den Spielstätten des Theaters Plauen-Zwickau, mit zwei Tierparks und vielen Museen. Wussten Sie, dass der Erfinder von MALIMO im Esche-Museum in Limbach-Oberfrohna gewürdigt wird? Oder dass es eine Dauerausstellung zu sakraler Kunst in den Kunstsammlungen Zwickau gibt und dass Karl May in Hohenstein-Ernstthal geboren wurde? Die zwei Landtagsabgeordneten der LINKEN, die im Landkreis Zwickau wirken, wissen das natürlich. Deshalb fragte pvl Horst Wehner und Sebastian Scheel nicht danach, sondern:

1. Mit welchen Worten würdest Du jemanden in den Landkreis Zwickau einladen?

2. Wo siehst Du dringende Probleme im Landkreis und wie sollte man diese lösen?

3. Wer sind Deine Partner in der Region?



MdL Sebastian Scheel:

1. Die Region ist meines Erachtens eine der am meisten unterschätzten in ganz Deutschland. Landschaftlich und städtebaulich hat der Landkreis Zwickau eine reiche Tradition und große Vielfalt zu bieten. Wer noch niemals die wunderschönen alt-ehrwürdigen Innenstädte von Zwickau und den Mittelzentren besucht hat, sei hiermit herzlich eingeladen und wird auf jeden Fall positiv überrascht sein.

2. Dringende Probleme gibt es im Landkreis leider genügend. Da macht es wenig Sinn, eine Aufgabenliste aufzustellen – ob demografischer Wandel, weniger Geld, soziale Spannungen, Fachkräftemangel oder Infrastrukturanschluss – all das kann man nicht nacheinander abarbeiten. Lösungsansätze müssen auf dem Verständnis aufbauen, dass diese Fragen miteinander verbunden sind und nicht voneinander gelöst behandelt werden können.

3. Ich arbeite mit allen zusammen, die bereit sind, Probleme anzusprechen und aktiv an der Lösung mitzuarbeiten. Dazu gehört dann auch der Zwickauer Landrat Dr. Christoph Scheurer, den wir gern „auf unser Ticket“ in den Landtag holen, wenn seine eigenen Parteifreunde kneifen. Wer Probleme frühzeitig erkennen will, muss aber auch zu denen gehen, die täglich vor Ort die Arbeit wegtragen. Daher ist es mir auch wichtig, mir möglichst oft die Zeit zu nehmen, ein Gespräch mit aktiven Menschen in der Region zu führen.

MdL-Bürgerbüros DIE LINKE im Landkreis Zwickau

Bürgerbüro Glauchau

(MdL Horst Wehner)

Markt 1, 08371 Glauchau

☎ +49 (0)3763 443914

☎ +49 (0)3763 443937

✉ bb-wehner@linksfraktion-sachsen.de

📧 mdl.horst.wehner@t-online.de

Bürgerbüro „Politikkontor“ Zwickau

(MdL Sebastian Scheel)

Bosestraße 43, 08056 Zwickau

☎ +49 (0)375 3909380

☎ +49 (0)375 3909387

✉ bb-scheel@linksfraktion-sachsen.de

Demokratie, Toleranz, (bunte) Bürgerbündnisse und Wilhelm der Peinliche

Michael Wilhelm, Staatssekretär im Innenministerium, wollte sich im „Kampf gegen rechts“ profilieren und fuhr nach Zwickau. Dort hielt man ein „Schwimmen für Demokratie und Toleranz“ für ein probates Mittel zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Jens Gatter, Kreisrat der NPD in Nordsachsen, sprang mit ins Becken, schwamm auf Platz vier und bekam eine Urkunde. Und er durfte sich fotografieren lassen: zu seiner Linken die Oberbürgermeisterin, zur Rechten Staatssekretär Wilhelm. Peinlich? Sehr peinlich! Angesprochen auf die Szene, antwortete der Staatssekretär: „Dann müssen die Demokraten eben schneller schwimmen.“

Zwickaus Stadtchefin Pia Findeiß (SPD) ist übrigens auch Mitglied der Jury, die die Preisträger des neu geschaffenen „Bürgerpreises“ des Ministerpräsidenten auswählt. Das ist die Auszeichnung,

bei der die Preisträger die berühmt-berüchtigte „Extremismusklausel“ nicht unterschreiben müssen, weil sie zuvor durch Landräte und Oberbürgermeister handverlesen wurden. Im Landkreis Zwickau gibt es ein „Bündnis für Demokratie und Toleranz“, das auch mit Geld aus dem Fördertopf „Weltoffenes Sachsen“ unterstützt wird. Auch Mitglieder der LINKEN sind Partner dieses Projektes, wes-

halb sich das Bündnis an unseren Kreisverband wandte und ihn darum bat, sich per Unterschrift zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ zu bekennen und zu bestätigen, keine Aktivitäten zu entfalten, die ihr widersprechen. Für Detail-Informationen gab's das offizielle Hinweisblatt und all jenen, denen die wahren Machtverhältnisse im Freistaat fremd sind, wurde mit dem Empfänger der „rechtsverbindlichen Unterschrift“ auf die Sprünge geholfen: Das war nicht irgendeine Behörde, sondern die „Sächsische Aufbau-Förderbank“.

Wir unterschreiben diese Misstrauens- und verfassungsrechtlich bedenkliche Klausel natürlich nicht, auch wenn wir wissen, dass die Förderung von Demokratie und Toleranz im Landkreis Zwickau wahrlich nötig ist. Das wissen u.a. jene jungen Zwickauer

ganz genau, die seit 2009 versuchen, ein Alternatives Jugendzentrum (AJZ) zu schaffen und dabei die Kommunikationsverweigerung und diffusen Abwehr-Argumente der Stadt beklagen. Hausbesitzer als mögliche Vermieter hätten Angst vor Vandalismus der Nazis, denen ein solches Zentrum ein Dorn im Auge wäre, wird ihrem Ansinnen entgegen gehalten. Wie sehr diese sich bereits an dem Wunsch nach einem AJZ stören, konnte man bei einer Demo pro AJZ im Mai dieses Jahres sehen. Nur mit Mühe konnte die Polizei die jungen Leute vor den Nazis schützen. Schon im Vorfeld war es zu Angriffen auf „Nicht-Rechte“ gekommen. Erwin Killat, dem betagten Ehrenbürger Zwickaus, blieb es vorbehalten, den jungen Leuten dennoch Mut zuzusprechen. Er, so Killat, sei überzeugt, noch mitzuerleben, dass Zwickau ein AJZ erhält.

Jugendlichen eine Mitschuld an der Situation zugewiesen. Heute wird nach einer „Stärkung demokratischer Praxis“ gerufen und zur „Vernetzung gegen Extremismus“ hat man sich eine Moderation organisiert, deren Förderung dem Bundes-Innenministerium immerhin 13.500 Förder-Euro wert ist. Angesprochen werden sollen dabei auch die Schulleiter im Ort.

Hintergrund hierfür ist wohl auch ein Beitrag des MDR, der die Geschichte eines Schülers dokumentierte, der vor einem Jahr an die Pestalozzi-Mittelschule in Limbach-Oberfrohna gekommen war und dort angefeindet wurde, weil er seine Meinung gegen Rechts auf dem T-Shirt trug. Nach Handgreiflichkeiten und einer Morddrohung versuchte die Mutter, ihren Sohn an der anderen Mittelschule im Ort unterzubringen und erfuhr umgehend, dass ihr Sohn mit seinen T-Shirts auch hier dieselben Probleme bekäme. Weil

der Fernsehbeitrag die offene Nazi-Gesinnung einiger Schüler dokumentierte, wurde den Filmemachern vorgeworfen, sie seien „links-extremistisch“ und „zögen die Stadt in den Dreck“. Die beiden Schulen platzierten Offene Briefe im Amtsblatt und brandmarkten die filmische Darstellung als „verknappt“ und „übertrieben“. Da stellt sich nicht nur mir die Frage, ob dies bereits ein Ergebnis der staatlich geför-

terten Moderation ist oder ob die Moderatoren gar nicht gefragt wurden.

Demokratie? Toleranz? Zivilcourage? Förderung von Jugendkultur? Im Landkreis Zwickau ist da noch ganz viel Luft nach oben.



Von solchem Optimismus kann mancher in Limbach-Oberfrohna nur noch träumen. Die Räume des dortigen Jugendvereins wurden von einem Neonazi in Schutt und Asche gelegt. Der Versuch, ein neues Zentrum zu schaffen, stößt auf doppelten Widerstand: den der Stadtverwaltung, die ihre Möglichkeiten der Bürokratie nutzt, und den der Neonazis, die auf Gewalt und Terror setzen und Limbach-Oberfrohna bei der Anzahl rechter Straftaten im Freistaat ganz weit nach oben gebracht haben. In Limbach-Oberfrohna gibt es zwei Bündnisse: das Bunte Bürgerforum für Demokratie, das von der Stadt regelmäßig des „Extremismus“ verdächtigt wird, und das Bündnis für Demokratie und Toleranz“, das von der CDU dominiert wird. Die Stadt hatte ihr Naziproblem zu lange ignoriert, später wurde es heruntergespielt und den linken



MdL
Kerstin Köditz
Sprecherin für
antifaschistische
Politik

Für Arbeit und Verkehr braucht's mehr als Eierschecke



Wäre es nicht so ernst, ein Schmunzeln könnte allemal abfallen: Zum zweiten Mal lud der Sächsische Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr unlängst zum Pendlertreff (Wer erinnert sich nicht an seine Aktion Eierschecke?!). Diesmal fing Sven Morlok Sächsinen und Sachsen, die zum Arbeiten in den Westen pendeln, an der Raststätte „Vogtland Süd“ an der A72 ab, um ihnen die Rückkehr an eine Werkbank im Freistaat schmackhaft zu machen.

Allein war der Minister diesmal nicht, neben Unternehmens- und Amtsvertretern hatte sich auch der DGB eingefunden, der ihm ans Herz zu legen suchte, dass sich mit höheren Löhnen vermutlich mehr Pendler zur Rückkehr bewegen ließen, als mit

– wenn auch gut gemeinten – Ratschlägen. So richtig verstanden hat das der liberale Wirtschaftsminister wohl nicht, ansonsten würde er sich ja genau darum kümmern. Und um eine Reihe anderer Fragen, die für die Menschen und die Region existenziell sind bzw. werden. Wie z.B. eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur und ein guter Personennah- und Fernverkehr, denn die Region Zwickau ist derzeit vom Fernverkehr komplett abgehängt. Dass das vor allem für Geschäftskontakte von Nachteil ist, leuchtet ein. Zudem werden die mittelfristigen negativen Entwicklungspfade des Fernverkehrs in und um Sachsen ihr übriges tun. Die schnelle Verbindung Berlin-Leipzig wird ausgedünnt werden und künftig über Halle nach Erfurt führen; auf der hoffentlich bald

Pvl ist 20!

Mit 20 ist man knackig; faltenlos und wohl auch (noch) ein bisschen naiv. Das Magazin der Landtagsfraktion DIE LINKE erblickte vor genau 20 Jahren (21. November 1991) das Licht der Welt, wurde „Parlament von links“ getauft und wird seitdem freundlich-vertraut „pvl“ gerufen. Pvl ist also 20 und ein prüfender Blick in den (Presse-) Spiegel verrät: Das Heft kommt durchaus knackig daher, aber naiv? Mitnichten! Pvl hat nicht nur sämtliche Namens-Metamorphosen der (Mutter-)Partei überlebt; sondern sich nach einer „Ess-Störung“, bei der aus den anfangs niedlichen vier Seiten im Zweifarbdruk fette 32 Seiten (Vollfarbe!) geworden waren, auf heute 16 Seiten

Wohlfühlgewicht gesundeschrumpft. Wollten anfangs nicht allzu viele pvl lesen, sorgten mehrere inhaltliche und gestalterische Schönheitskuren für einen spürbaren Beliebtheits-Schub und der Leserstamm wuchs auf 15.000. Seit 2011 stecken wir das kostenlose Magazin vier Mal im Jahr in jeden Briefkasten eines ausgewählten Landkreises, darüber hinaus bekommen mehr als 2.500 Leser/innen das Heft per Post, darunter sind auch Empfänger im europäischen Raum, in den USA und in Kanada.

Ein Glas werden wir zur Geburtstagsparty auch auf die mühsam kopierten Informationsblättchen erheben, die dem pvl vorausgegangen waren und ohne die es linke Inhalte vor 20 Jahren nicht „nach draußen“ geschafft hätten.

Heute ist pvl eine feste Größe. Und das nicht nur in Sachsen. In diesem Sinne: Auf die nächsten 20 Jahre!

vollständig elektrifizierten Sachsen-Franken-Magistrale von Dresden nach Nürnberg wird Nahverkehrsgeschwindigkeit gefahren und eine schnelle Mitte-Deutschland-Verbindung wird nach allen Signalen von Deutscher Bahn und Bundesverkehrsministerium Zukunftsmusik bleiben. Zu „guter“ Letzt legt Staatsminister Morlok, assistiert von Finanzminister Unland, auch noch die Axt am Nahverkehr an.

Bereits 2011 und 2012 werden dem Nahverkehr in Sachsen knapp 170 Mio. Euro entzogen und u.a. in den Citytunnel Leipzig investiert. Um Missverständnissen vorzubeugen: Der Citytunnel ist deutlich zu teuer, aber er schafft als Herzstück des künftigen Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes die Voraussetzung für einen leistungsfähigen Nahverkehr in der mitteldeutschen Metropolregion. Dafür allerdings den ÖPNV bluten zu lassen, ist widersinnig. Schon jetzt zeichnen sich die Folgen für Zwickau ab. Wie eine Bombe schlug die Ankündigung der Citybahn ein, ab 10. Dezember zwischen Sankt Egidien und Glauchau bzw. Meerane die Linie 523 entfallen zu lassen. Eine Katastrophe für Schüler, Auszubildende und Berufspendler. Und auch die schnelle Kraftverkehrsanbindung in Richtung Leipzig verzögert sich von Jahr zu Jahr. Wer mit dem Auto von Zwickau nach Leipzig will, hat zwei Chancen: erstens über die A4 und A9 oder über die A4 und ab Nossen über die A14 – beides sind gehörige Umwege – oder zweitens über Bundesstraßen und durch Städte und Dörfer.

Alles in allem stehen für die Region mit Ausnahme der Autobahnanbindung A4 die verkehrstechnischen Sterne nicht gut. Schließlich geht es um die Daseinsvorsorge beim Nahverkehr, die Attraktivität der Region als wirtschaftliches Herz und touristische Destination mittels einer guten und schnellen Fernverkehrsanbindung sowie für Pendler, die in der Region arbeiten und im ländlichen Raum zwischen Leipzig und dem Vogtland leben. All das ist wichtiger als Morloks Lieblingsprojekte, wie die unsinnigen Gigaliner oder der Moped-Führerschein mit 15 ...



**MdL
Enrico Stange**
Sprecher für
Infrastruktur und
Verkehrspolitik



Wie hoch wird die Abgabe sein und wie viel wird sie dem öRR einbringen?

Im Monat 17,98 Euro wie bisher. Der genaue Einfluss der Reform auf die Ertragslage der Rundfunkanstalten ist umstritten. Überwiegend wird von einem ungefähr gleichen Ertrag ausgegangen.

Welche Konsequenzen hat die Haushaltsabgabe auf die GEZ und ihre Mitarbeiter?

Das Verrückte ist, dass zur Bewältigung der Systemumstellung die GEZ erstmal zusätzliches Personal braucht, um der Datenflut Herr zu werden. Dadurch wird die GEZ erstmal zu einer Super-Meldebehörde. Das zusätzliche Personal soll allerdings nach zwei Jahren wieder abgebaut werden.

Alles wird besser und gar nichts wird gut



Erwähnt man hierzulande den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (öRR), schwillt so manchem Zeitgenossen die Halsschlagader. Ein Grund dafür ist vielleicht der MDR und dessen jüngste Finanzskandale. Ein anderer könnte die Rundfunkgebühr (GEZ) sein, bei der sich ab 2013 einiges ändern soll. Dann wird die derzeitige Gebühr für Geräte, mit denen sich Radio- und Fernsehprogramme empfangen lassen, in eine geräteunabhängige Abgabe umgewandelt. Pvl sprach dazu mit dem Medienexperten der Fraktion DIE LINKE, der zugleich im MDR-Rundfunkrat sitzt, **Falk Neubert**.

Beiträgen belegt, statt Autoradios die Autos und statt Fernsehgeräten in Hotelzimmern die Hotelzimmer selbst. Das ist alles altes Denken. Richtiger wäre ein Rundfunkbeitrag nach ökonomischer Leistungsfähigkeit gewesen. So werden natürlich solche Unternehmen mit relativ vielen Filialen und vielen Betriebsfahrzeugen vergleichsweise hoch belastet, Großbetriebe an einem einzelnen Standort hingegen vergleichsweise niedrig. Insgesamt ist der Beitrag der Wirtschaft mit unter zehn Prozent der Rundfunkgebühr aber niedrig.

Sind bei dem neuen Gebührenmodell schon alle „Messen gesungen“?

Selbstverständlich tritt der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag nicht in Kraft, solange ihn nicht alle 16 Landtage ratifiziert haben. Allerdings ist es in den letzten 40 Jahren nur einmal vorgekommen, dass ein Staatsvertrag gescheitert ist – das war der Jugendmedienschutzstaatsvertrag unmittelbar nach dem Regierungswechsel im nordrhein-westfälischen Landtag. Im Normalfall nicken die Regierungsmehrheiten in den Landtagen die Verhandlungsergebnisse ihrer Staatskanzleien ab. Bei auch nur der kleinsten Veränderung muss der Ratifizierungsprozess neu beginnen.

Was macht DIE LINKE?

Das ist auch von Land zu Land unterschiedlich. In mehreren Ländern hat DIE LINKE zugestimmt, weil natürlich die Abkehr von der Gerätegebühr überfällig ist. Andererseits sprechen viele Kritikpunkte für eine Ablehnung. Dazu gehört die dargestellte Inkonsequenz bei der Umstellung, die fehlende Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten, der Wegfall des Nachteilsausgleiches für Behinderte und nicht zuletzt auch massive Datenschutzprobleme, die die Datenschutzbeauftragten völlig zu recht moniert haben.



Wer muss ab 2013 die GEZ-Gebühr bezahlen?

Alle Haushalte, genauer gesagt alle Wohnungsinhaber, sofern sie nicht zu einer beitragsbefreiten Personengruppe gehören. Anders als bisher muss man nicht mehr seine Fernsehapparate, Computer und Radios „anmelden“, sondern es wird davon ausgegangen, dass es praktisch niemanden gibt, der nicht in dieser oder jener Form Zugang zu den modernen Kommunikationskanälen Internet, Hörfunk und Fernsehen hat.



Was ist mit Menschen oder Betrieben, die trotz dieser Annahme weder TV, noch Radio oder PC haben?

Denen geht es so, wie den Leuten die kein eigenes Fahrzeug haben und auch nie den Bus benutzen und dennoch über ihre Steuern und Abgaben den Straßenbau und die Straßenunterhaltung mitfinanzieren. Der Unterschied ist nur, dass es solche Leute tatsächlich gibt. Ein Mensch, der weder Fernsehen schaut, noch Radio hört, noch Internet nutzt, ist mir dagegen noch nicht begegnet.

Was kommt auf bisher Gebührens-befreite zu?

Der Großteil davon ist auch weiter gebührenbefreit. Aber auch hier gibt es Ungerechtigkeiten. ALG-II-Empfänger sind gebührenbefreit, Menschen mit einem vergleichbar niedrigem Einkommen aber nicht, es sei denn sie unterwerfen sich der gesamten Hartz IV-Bürokratie, um ihr Einkommen, um wenige Euro oder Cent „aufzustocken“ und dann beitragsbefreit zu werden. Die meisten Menschen mit Behinderung, die bisher gebührenbefreit waren, müssen künftig ein Drittel der Gebühr bezahlen (ca. sechs Euro im Monat). Die ersatzlose Kürzung dieses Nachteilsausgleiches ist meiner Meinung nach nicht in Ordnung. Weiterhin befreit sind taubblinde Menschen.

Was erwartet Pendler mit Zweitwohnung am Arbeitsort, Studenten in WGs oder „Laubenpieper“?

Da ändert sich eigentlich wenig. Studenten sind weiterhin nur dann gebührenbefreit, wenn sie BaföG-berechtigt sind, für Zweitwohnungen muss weiterhin gezahlt werden und Lauben sind keine Wohnungen, es sei denn, sie werden als solche benutzt. Keine Verbesserung und keine Verschlechterung. So gerecht und so ungerrecht wie bisher. (noch in der Diskussion: Gebühr für Lauben mit mehr als 24 qm, d.Red.)



Schließ die Augen, um zu sehen ...



Blind für einen Tag: Larissa-Sanja (Mitte, li.) wagt das Experiment, Vivien wird sie führen. MdL Horst Wehner (im Rollstuhl) gibt Tipps für den unfallfreien Stadtrundgang.

Menschen mit körperlichen, geistigen, seelischen oder/und Sinnesbeeinträchtigungen – also Menschen mit Behinderung – haben dieselben Rechte wie Menschen ohne Beeinträchtigungen. Das gilt hierzulande als selbstverständlich, und sein wir mal ehrlich: Kaum eine Menschengruppe erfährt so viele verbale Unterstützung aus der Gesellschaft, aus der Politik oder aus der Wirtschaft, auf Bundes-, Landes- und auf kommunaler Ebene.

Auch Sachsens LINKE hat sich Anfang November konkret mit der Sicherung der chancengerechten Teilhabe und selbstbestimmten Lebensführung befasst. Nach meinem Vorschlag wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, dass Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen geschaffen werden, die den Bedürfnissen der Menschen mit Beeinträchtigungen entsprechen. Insbesondere müssen Bildungseinrichtungen, Arbeitsstätten und deren Umfeld, Wohnungen und das Wohnumfeld, Freizeitmöglichkeiten, öffentliche Verkehrsmittel und Verkehrsräume, Gebrauchsgegenstände, Informations- und Kommunikationssysteme, die Umwelt barrierefrei zugänglich gemacht werden. Das klingt ganz einfach und ist doch schwer zu machen.

Aha-Erlebnis beim Lichtensteiner Stadtrundgang

Dass sich gesamtgesellschaftlich aber was bewegt, konnte ich bei einem nun schon etwas länger zurückliegenden Stadtrundgang in Zwickau selbst erleben. Noch sehr präsent ist mir jedoch ein ganz besonderer Tag in Lichtenstein. Hier besichtigte ich zuerst die barrierefrei umgebaute Mittelschule und anschließend ein Pflegezentrum. Dort wurde ich dann auch gefragt, ob es nicht möglich sei, einmal einen

„Spaziergang“ durchzuführen, auf dem nicht behinderte oder beeinträchtigte Menschen erfahren können, wie sich „Barrieren“ wirklich anfühlen und worin sie für Betroffene bestehen.

Gesagt, getan! Am 5. Mai, dem Europäischen Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, brachen wir auf zu unserem ersten Lichtensteiner Stadtrundgang. CDU-Stadträtin Beate Schöne – ansonsten gut zu Fuß – nahm im Rollstuhl Platz, um sich von den uns begleitenden Bürger/innen schieben zu lassen. Noch mit dabei: ein Fotograf und ein Mitarbeiter des Stadtmanagements, die jeden Bordstein und jede enge Stelle akribisch dokumentierten. Zur Tour-Auswertung kamen Lichtensteins Bürgermeister Wolfgang Sedner und einige Beigeordnete hinzu, um konkrete Tipps und Anregungen zu bekommen, die dabei helfen könnten, ihre Stadt barriereärmer und irgendwann sogar barrierefrei zu gestalten. Eine erste Zusage gab es noch vor Ort: Das Informationszentrum wird noch in diesem Jahr barrierefrei und damit für alle Interessierten zugänglich gemacht!

Auch der zweite Termin meines Tages in Lichtenstein sollte nicht ohne Folgen bleiben. Bei einer Gesprächsrunde mit Mittelschülern kam die Rede schnell auf das Thema „Behinderung und Teilhabe“ und ich konnte über meine noch taufrischen Erfahrungen vom Stadtrundgang berichten. Meine jungen Gesprächspartner waren begeistert und legten fest: „Das wollen wir auch!“ So kam es, dass der erste fächerverbindende Unterricht in diesem Schuljahr unter das Thema: „Menschen mit Behinderungen“ gestellt und ich in die Lichtensteiner Heinrich-von-Kleist-Mittelschule eingeladen wurde.

Augen zu und los!

Wieder gab es einen Stadtrundgang – und ich war begeistert! Die Jungen und Mädchen von der 10 a waren nicht nur sehr aufgeschlossen, sondern wirklich ganz bei der Sache. Denn sich die Augen verbinden zu lassen, um Blindheit zu simulieren, ist das eine. Sich jedoch genau so einen ganzen Vormittag lang durch die Stadt führen zu lassen bzw. eine/n „Blinden“ durch die Stadt zu führen, ist noch was ganz anderes! „Es war unglaublich anstrengend“, gestanden sich Larissa-Sanja Knoll und Vivien Engling am Ende ein: „Man spürt plötzlich eine ungeheure Verantwortung!“ Und auch Jessica Effenberger machte im Rollstuhl zwar eine gute Figur, ärgerte sich aber ebenso wie ich über zugeparkte Gehwege, enge Ladentüren oder schier unüberwindbare Stufen und Bordsteine. Nicht nur ihr war schnell klar, dass Behinderte oft eigentlich nicht behindert sind, sondern behindert werden. Manchmal nützt es eben doch, die Augen zu schließen, um das wirklich Wichtige zu sehen. Oder sich der Beine zu berauben, um Hürden tatsächlich als solche zu erkennen.

Als wir gemeinsam unser etwas anderes Stadtabenteuer auswerteten, erklärten die Zehntklässler, heute vielleicht mehr gelernt zu haben als beim eher „klassischen“ Unterricht. Dass meine jungen Tour-Begleiter anschließend sogar in den Stadtrat eingeladen wurden, um über ihre Erfahrungen als „Nichtbehinderte Behinderte“ zu berichten, gibt der Aktion in meinen Augen genau den richtigen Stellenwert und veranlasst mich, all denen zu danken, die sich für diese Art von Unterricht stark gemacht haben.



Rollis bleiben draußen. Jessica Effenberger und Horst Wehner müssen es zur Kenntnis nehmen.

Natürlich würde ich mir wünschen, wenn alle Mitmenschen so aufgeschlossen wären. Allerdings ist es für mich durchaus nachvollziehbar, dass Barrierefreiheit bei denen, die auf sie nicht angewiesen sind, kaum präsent ist. Und mitten auf dem Gehweg abgestellte Mülltonnen sind wohl auch eher Ausdruck von Gedankenlosigkeit als von böser Absicht. Doch gerade deshalb ist es wichtig, immer und immer wieder auf die Folgen für diejenigen hinzuweisen, denen eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne Barrierefreiheit nicht möglich ist. Auch das ist für mich Wahlauftrag. Und machen wir uns nichts vor: Für einen Abgeordneten, einen Landtags-Vizepräsidenten gar, wird sich an der einen oder anderen Stelle doch etwas mehr Mühe gegeben als für Herrn oder Frau

Unbekannt. Jedoch auch sie haben die gleichen Rechte!

Selbstbestimmung = selbst bestimmen

Was heißt es eigentlich, wenn ein/e Behinderte/r sagt, er oder sie wäre gerne „selbstbestimmt“? Ich z.B. erlebe es gar nicht so selten, dass jemand – in bester Absicht – sagt: „Ach, kein Problem, wir haben da vier starke Jungs, die tragen Sie die Treppe hoch.“ Ich frage Sie, liebe Leserin, lieber Leser: Möchten Sie von Menschen, die Sie nicht kennen, irgendwo hoch getragen werden? Wäre es Ihnen nicht auch lieber, Gebäude zu betreten und zu verlassen, zu kommen und zu gehen, wie, wann und mit wem Sie möchten? Sehen Sie, genau darum geht es bei Selbstbestimmung. Das ist keine theoretische Größe, hierbei geht es um die praktische Umsetzung in allen Bereichen des Lebens.

Leider – und das gebe ich zu – sind auch (noch) nicht alle Veranstaltungen, Geschäftsstellen und Büros oder auch der Internetauftritt der LINKEN barrierefrei. Da müssen wir teils noch kräftig nachbessern. In unseren sozialpolitischen Leitlinien ist es bereits festgeschrieben, jetzt müssen wir es vor allem „einfach machen“!

Barrierefreiheit hilft übrigens auch all denen, die auf andere Weise gehandicapt sind: Abgesenkte Bordsteine erleichtern genauso den Spaziergang mit Kinderwagen, Gehhilfe



Ganz schön eng! Jessica Effenberger ärgert sich über das Auto auf dem Fußweg.

oder Rollator. Und für Schrägen an Hauseingängen wird jeder Lieferant dankbar sein. Gut, einen Aufzug benutzen muss man nicht. Aber wenn das Bein in Gips liegt, wird man auch dafür dankbar sein! Und darum geht es: Möglichkeiten schaffen. Für alle!

MdL Horst Wehner

Sprecher für Behindertenpolitik

Horst Wehner steht gern für weitere Stadtrundgänge zur Verfügung. Nehmen Sie über die Fraktion (s. Impressum) einfach Kontakt mit ihm auf!

Dampferfahrt für alle!

Im Frühsommer unterzeichneten die Sächsische Dampfschiffahrt und der Sozialverband VdK Sachsen e.V. eine Vereinbarung auf der Basis des Sächsischen Integrationsgesetzes. Ziel ist der Abbau von Barrieren, so dass künftig auch Menschen mit Handicap die Schiffe nutzen können. Erster konkreter Schritt: Ab 2012 dürfen Begleitpersonen von Menschen mit Behinderungen (Merkzeichen „B“ im Schwerbehindertenausweis) kostenlos mitfahren.

Von Integration zur Inklusion

Am 15. September 2011 beschloss der Sächsische Landtag einen gemeinsamen Antrag von Abgeordneten der CDU, LINKEN, SPD, FDP und GRÜNEN. Eine solche fraktionsübergreifende Zusammenarbeit ist ein Novum! Zustande gebracht hat es das Thema: Inklusion!

Inklusion? Nein, das ist nicht dasselbe wie Integration. Integration meint die Einbeziehung, die Vereinigung von zuvor Getrenntem. Bei der Inklusion werden Kinder mit Behinderungen nicht „aussortiert“, sondern sind von Anfang an dabei – im Kindergarten, in der Schule, in der Ausbildung. Denn jedes Kind hat das Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe, unabhängig von seinen Fähigkeiten – und auch seinen Beeinträchtigungen.

Mit dem Antrag fordert das Parlament die Staatsregierung auf, bis März 2012 einen Aktions- und Maßnahmenplan zur zielgerichteten Umsetzung des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention zu

erarbeiten, um das sächsische Bildungssystem zu einem inklusiven System zu entwickeln. Während z.B. in Italien, Norwegen oder Dänemark fast alle Schüler/innen mit Behinderungen in eine allgemeine Schule gehen, gehört Deutschland zu den Spitzenreitern beim Ausschluss von behinderten Kindern. In Sachsen haben 8,3 Prozent der Schulkinder einen sonderpädagogischen Förderbedarf (Bundesdurchschnitt: 6 Prozent). Absolut unbefriedigend ist, dass 82 Prozent der Kinder, die eine Förderschule in Sachsen verlassen, keinen Schulabschluss haben.

Ein „inklusives Schulsystem“ bedeutet nicht, dass Förderschulen abgeschafft werden, denn es wird immer Behinderungen geben, denen ohne spezielle Schulen nicht optimal entsprochen werden kann. Ziel ist, die allgemeine Schule zum Regel-Förderort zu machen. Diese komplexe Aufgabe erfordert ein Umdenken – auch bei den Pädagogen, nicht zuletzt aber in der Gesellschaft.

Natürlich brauchen behinderte Schüler/innen besondere Förderung, das wird auch an einer allgemeinen Schule nicht anders sein. Notwendig sind deshalb Änderungen im Schulgesetz und in der Schulintegrationsverordnung. Wir brauchen Expertisen zur Struktur und zu den Kosten; wir brauchen Forschungsprojekte und praktische Modellversuche. Der gemeinsame Antrag zur inklusiven Bildung zeigt, dass auch in Sachsen konstruktive sachbezogene Politik über Parteigrenzen hinweg möglich ist.



MdL Cornelia Falken
Sprecherin für Bildungspolitik



Wer oder was bin ich und wenn ja, wie viele? Diese Frage stellt sich heute auf dem Platz für den Adressaufkleber eine – na ja, sagen wir mal Katze –, nachdem sie die Nacht zwischen den zwei Bänden mit dem Jahresbericht des Landesrechnungshofes zur Verfasstheit des Freistaates Sachsen verbracht hat ...

DIE LINKE sagt NEIN

Am 29. September 2011 gab der Deutsche Bundestag grünes Licht für die Aufstockung und Ausweitung des so genannten Euro-Rettungsschirms EFSF. Nur DIE LINKE stimmte geschlossen gegen den schwarz-gelben Gesetzentwurf. Fakt ist: Merkels Euro-Rettungsschirm (EFSF) rettet weder den Euro noch die EU, sondern sichert Bankenprofite und Spekulationsgewinne. Es müssen endlich die Profiteure der Krise durch eine europaweite Vermögensabgabe zur Kasse gebeten, die Finanzmärkte reguliert und ein europäisches Aufbauprogramm auf den Weg gebracht werden!

Das konkrete Abstimmungsverhalten unter www.linksfraktion.de/publikationen

Waagrecht: **1.** 1885 errichteter Textilbetrieb in Crimmitschau, zu DDR-Zeiten als Volltuchwerke bekannt, das Gebäude beherbergt heute das Textilmuseum, **10.** Stadt im ind. Staat Uttar Pradesh, **11.** erster Deutscher im All (Siegmond; 1978 mit Sojus 31), **12.** Sorgfalt, Umsicht, **14.** Verband der Nationalen Olympischen Komitees (Abk.), **15.** deutsches Bundesland (Abk.), **17.** norddeutscher Riesenhirsch, **19.** in Sachsen nach zwölf Schuljahren erreichbare Reifeprüfung, **22.** französisch: Straße, **23.** essbare Früchte, **24.** Initialen des Sängers Marshall, **25.** Ebrozufluss, **26.** „Zinn“-Stadt im Erzgebirge, **29.** verschiedener Meinung, **32.** ägyptischer Hauptgott, **33.** Strom in Vorderasien, **36.** Sprecherin für Daten- u. Verbraucherschutz sowie Neue Medien der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag (Julia), **38.** Havel-Zufluss, **39.** Fahrzeugteil, das seit mehr als 100 Jahren in Meerane gefertigt wird – u.a. für Audi, Horch, F8, F9-Cabrio, Wartburg-Coupé, Trabant und heute für das VW-Werk in Mosel, **40.** Abk.: Telefon,

Senkrecht: **1.** listenförmige Zusammenstellung (Abk.), **2.** Handelsbrauch, Gepflogenheit, **3.** Olympiakürzel: Kostarika, **4.** Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag (Dr. André), **5.** Abk.: Arbeitsjahr (Rentenversicherung), **6.** Abk.: Bauaufsichtsamt, **7.** Anspruch, Befugnis, Gesetzesgrundlage, **8.** persönliches Fürwort (4. Fall), **9.** deutscher Ingenieur (Georg †1911), entwickelte verschiedene Luftdruckbremsen, **10.** Vorname des in Zwickau geborenen Komponisten Schumann (1810–1856), **13.** Kultauto – bis 1991 in Zwickau entwickelt und hergestellt, **16.** ehemaliges Kfz-Kennzeichen für Worbis, **18.** erster Ministerpräsident (Patrice) des unabhängigen Kongo (wurde 1961 ermordet), **20.** Abk.: Internationales Tra-

	1	2	3	4		5	6	7	8	9
10						11				
12					13		14			
				15		16				
17	18				19		20		21	
22				23						
24			25				26	27		28
	29	30				31				
32					33		34		35	
	36			37		38				
39								40		

bantfahrer-Treffen (fand 2011 zum 16. Mal in Zwickau statt), **21.** größte europäische Eulenart, **23.** franz.: ja, **25.** japanischer Kaisertitel, **27.** Vorname des Vizepräsidenten des Sächsischen Landtages Wehner (DIE LINKE), hat sein Büro im Landkreis Zwickau, **28.** Zwickauer Stadtteil,

ab 1989 wurde hier der Trabant 1.1 hergestellt und heute u. a. VW Golf und Passat, **30.** niederdeutsch für Haff, **31.** Ruinenstätte an der türkischen Mittelmeerküste, **34.** englisch: gehen, **35.** Aller-Zufluss bei Gifhorn, **37.** Kfz-Kennzeichen für Kassel.